

■ Politische Rechte

Gesetzesreferendum – Frist 3. Januar 2013

Der Landrat hat am 1. November 2012 beschlossen:

- Teilrevision des Finanzhaushaltsgesetzes (Investitionsbeiträge) (2012-219)

Der Gesetzestext kann unter <http://www.bl.ch/referenden> auf dem Internet eingesehen oder bei der Landeskanzlei, Tel. 061 552 50 08, bestellt werden.

Dieser Beschluss untersteht gemäss § 31 Absatz 1 Buchstabe c der Verfassung des Kantons Basel-Landschaft dem Referendum. Allfällige Begehren um Vornahme der Volksabstimmung sind innert 8 Wochen, d.h. bis 3. Januar 2013 der Landeskanzlei einzureichen. Das Referendum ist zustandegekommen, wenn es von 1500 Stimmberechtigten unterschriftlich gestellt ist.

Landeskanzlei

Zustandekommen einer formulierten Verfassungsinitiative

Die Landeskanzlei des Kantons Basel-Landschaft, gestützt auf § 61 des Gesetzes vom 7. September 1981 über die politischen Rechte sowie auf die Berichte der Gemeinden über die Prüfung der Unterschriftenlisten der am 23. Oktober 2012 eingereichten formulierten Verfassungsinitiative **"Für eine bedarfsgerechte familienergänzende Kinderbetreuung"**, verfügt:

1. Die formulierte Verfassungsinitiative "Für eine bedarfsgerechte familienergänzende Kinderbetreuung" vom 23. Oktober 2012 ist zustandegekommen, nachdem sie die gemäss § 31 Absatz 1 der Kantonsverfassung verlangten Unterschriften aufweist.
2. Die Zahl der gültigen Unterschriften beträgt 1531.
3. Veröffentlichung im Amtsblatt und Mitteilung an das Initiativkomitee, Monica Gschwind, Präsidentin, Tälliweg 17, 4434 Hölstein.

Landeskanzlei Basel-Landschaft

Zustandekommen einer nichtformulierten Volksinitiative

Die Landeskanzlei des Kantons Basel-Landschaft, gestützt auf § 61 des Gesetzes vom 7. September 1981 über die politischen Rechte sowie auf die Berichte der Gemeinden über die Prüfung der Unterschriftenlisten der am 18. Oktober 2012 eingereichten nichtformulierten Volksinitiative **"Vo Schönebuech bis sauber"**, verfügt:

1. Die nichtformulierte Volksinitiative "Vo Schönebuech bis sauber" vom 18. Oktober 2012 ist zustandegekommen, nachdem sie die gemäss § 31 Absatz 1 der Kantonsverfassung verlangten Unterschriften aufweist.
2. Die Zahl der gültigen Unterschriften beträgt 1535.
3. Veröffentlichung im Amtsblatt und Mitteilung an das Initiativkomitee, Geschäftsstelle CVP Basel-Landschaft, Herrn Simon Oberbeck, Geschäftsführer, Postfach, 4410 Liestal.

Landeskanzlei Basel-Landschaft

Zustandekommen einer formulierten Gesetzesinitiative

Die Landeskanzlei des Kantons Basel-Landschaft, gestützt auf § 61 des Gesetzes vom 7. September 1981 über die politischen Rechte sowie auf die Berichte der Gemeinden über die Prüfung der Unterschriftenlisten der am 23. Oktober 2012 eingereichten formulierten Gesetzesinitiative **"Für eine unbürokratische und bezahlbare familienergänzende Kinderbetreuung im Frühbereich"**, verfügt:

1. Die formulierte Gesetzesinitiative "Für eine unbürokratische und bezahlbare familienergänzende Kinderbetreuung im Frühbereich" vom 23. Oktober 2012 ist zustandegekommen, nachdem sie die gemäss § 31 Absatz 1 der Kantonsverfassung verlangten Unterschriften aufweist.
2. Die Zahl der gültigen Unterschriften beträgt 1626.
3. Veröffentlichung im Amtsblatt und Mitteilung an das Initiativkomitee, Monica Gschwind, Präsidentin, Tälliweg 17, 4434 Hölstein.

Landeskanzlei Basel-Landschaft